
FDP Friedberg

SICHERE ZUFLUCHT FÜR KINDER UND JUGENDLICHE IN GEFAHR

13.09.2024

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland 42.748 Kinder und Jugendliche Opfer von polizeilich registrierten Gewaltdelikten. Damit war fast jedes fünfte Opfer polizeilich erfasster Gewalttaten jünger als 18 Jahre alt. Rund 10.000 dieser Delikte trugen sich in der Öffentlichkeit zu – also mehr als 25 Fälle pro Tag. Die Dunkelziffer aus nicht gemeldeten oder versuchten und glücklicherweise vereitelten Straftaten dürfte deutlich höher liegen.

Auch Friedberg stand in den letzten Monaten immer wieder im Blickpunkt von Vorfällen, in denen Kinder- und Jugendliche belästigt, bedroht oder von Fremden mit dem Ziel angesprochen wurden, sie in ein Auto zu locken. Vor diesem Hintergrund hatten die Freien Demokraten in der Friedberger Stadtverordnetenversammlung bereits im Februar einen Antrag eingebracht, auch in der Kreisstadt Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche in Gefahrensituationen einzurichten.

„Kinder und Jugendliche brauchen wahrnehmbaren Schutz, wenn sie sich in der Öffentlichkeit bewegen, sowie verlässliche Anlaufstellen, die sie im Notfall oder in sich anbahnenden Gefahrensituationen aufsuchen können und die ihnen verlässlich Sicherheit und Hilfe bieten,“ erklärt Dr. Markus A. Schmidt, Stadtverordneter und Vorsitzender der Kreisstadt-Liberalen. „Das Projekt *Notinseln* der Kinderschutzstiftung Hänsel und Gretel oder die *Hilfeinseln* der hessischen Polizei bieten hierbei tatkräftige und effektive Unterstützung für die Kommunen an. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Verwaltung eines dieser Projekte auch in Friedberg umsetzt,“ so Schmidt weiter.

Die Projekte sehen vor, dass Geschäfte, Restaurants oder Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung deutlich als Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche in Gefahrensituationen ausgewiesen und die Heranwachsenden in der Schule über diese Anlaufstellen informiert werden. „Die Hilfe reicht vom Anruf zu Hause, wenn der Bus verpasst wurde, über ein

Pflaster bei kleineren Verletzungen bis zum Notruf bei der Polizei in gravierenden Fällen,“ erklärt die Fraktionsvorsitzende der Friedberger FDP, Sabine Fuchs. „Die positiven Berichte von Gewerbetreibenden, die in anderen Kommunen bereits praktische Erfahrungen mit solchen Projekten sammeln konnten, bestärkten uns darin, dieses Angebot auch nach Friedberg zu bringen,“ so Fuchs weiter.

„Ein besonderer Dank gilt auch der Stadtverwaltung und dem Jugendrat, die die Ausschussberatungen der vergangenen Monate zu diesem Thema sehr konstruktiv begleitet haben. Und wir sind sehr froh, dass auch die anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung heute Abend einstimmig für unsere Idee votierten. Das ist ein sehr guter Tag für Friedberg und eine gute Nachricht für die Sicherheit unserer Kinder,“ freuen sich die Liberalen nach der Abstimmung im Friedberger Stadtparlament.

Der ganze Antrag hier:

[21_26_1044_2_Aenderungsantrag_vom_26_06_2024_FDP_Notinseln_fuer_Kinder_im_oeffentlichen](#)
[Herunterladen](#)